



## »Der Verräter, Stalin, bist du«

Er war Propagandist, nicht Politiker – und ein Pionier globaler Solidaritätsarbeit. Was bleibt vom großen Linken Willi Münzenberg? Ein Sonderheft zum Berliner Kongress

Fotos: dpa/lbn, Archiv

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Sonnabend/Sonntag, 12./13. September 2015

70. Jahrgang/Nr. 213

Bundesausgabe 2,30 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT Kulturkampf

Uwe Kalbe sieht die Union im Streit um eine Gretchenfrage

Man kann nicht so tun, als bliebe der Zuzug von vielleicht einer Million Menschen in Deutschland gänzlich ohne Folgen, wenn man ihnen nur freundlich genug oder – im Gegenteil – unfreundlich genug entgegenrät. Die erste Folge ist soeben zu besichtigen. Sie zeigt sich in einem Riss mitten durch die Union. Die CSU reagiert auf die Flüchtlinge, indem sie von den bisherigen Regularien der Flüchtlingsabwehr zu retten versucht, was zu retten ist und dafür sogar den offenen Schlagabtausch mit der Bundeskanzlerin riskiert. Es spielt sicher auch das Kalkül eine Rolle, durch lautes Äußern von Ressentiments Wähler vom rechten Rand an sich zu binden, die man entschwinden sieht. Aber auch Hans-Peter Friedrich darf zugestanden werden, in Sorge zu sein. Groß ist tatsächlich der kulturelle Graben, den es zu überwinden gilt. Was er von Migranten verlangt, ist in Wahrheit eine Leistung, die von der CSU aussteht, von der Union. Die für Positionslosigkeit oft gescholtene Kanzlerin ist den Konservativen in ihrer Partei gegenüber im Vorteil, weil sie Flexibilität aufweist. Es ist gut, dass sie sich Realitäten nicht verweigert.

In der Union kommt es nun zum Schwur, doch bald wird der Disput über sie hinausgehen. Die Gesellschaft insgesamt wird die Gretchenfrage beantworten müssen. Obwohl seit Jahrzehnten gestellt, ist sie bisher offen geblieben. Sie lautet: Integration oder Assimilation? Letztere zu verlangen, wird immer unrealistischer. Integration ist der einzig verbleibende Weg. Integration aber ist eine Aufgabe zweier Partner.



Grafik: 123rf/Christian Mueringer, Montage: md

## Die CSU bekennt Farbe

Friedrich beklagt »politische Fehlleistung« Merkels und warnt vor unkontrollierbaren Dschihadisten

Die Gefährlichkeit von Flüchtlingen und ob sich womöglich gar IS-Kämpfer unter ihnen verbergen könnten – das sind die Probleme, die der CSU angesichts der fliehenden Menschen einfallen.

Von Uwe Kalbe

Der frühere Bundesinnenminister und jetzige Unionsfraktionsvize Hans-Peter Friedrich nennt es »eine beispiellose politische Fehlleistung«, Flüchtlinge aus Ungarn unregistriert ins Land zu lassen. Zudem warnt er vor Kämpfern der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS), die so unbemerkt ins Land kommen könnten. »Wir haben die Kontrolle verloren«, meinte Friedrich in der »Passauer Neuen Presse«. Bayerns Finanzminister Markus Söder sprach parallel von Überforderung Deutschlands. Das Schüren von Ressentiments – eigener und in der Bevölkerung – ist ein Grund für die Empörung, die Friedrich am Freitag entgegenschlug. Dass die CSU frontal die Bundeskanzlerin angreift, ist ein Affront, der das politische Berlin am Freitag ebenso in Wallung brachte. Angela Merkel versuchte es erneut moderat – die Bundesregierung habe in einer Notlage ihre humanitäre Verpflichtung wahrgenommen, ließ die Kanzlerin mitteilen. Merkel hatte zuvor davon gesprochen, dass das Recht auf politisches Asyl keine Obergrenzen kenne.

In den Visegrad-Staaten immerhin findet die CSU derzeit eine Bestätigung ihrer Positionen. Tschechien, Ungarn, die Slowakei und Polen bekräftigen auf einem Treffen in Prag ihren Unwillen, sich einer quotierten Zuteilung von Flüchtlingen in der EU zu beugen. »Wir sind überzeugt, dass wir als Länder die Kontrolle über die Zahl der Flüchtlinge haben sollten, die wir bereit sind aufzunehmen«, sagte der tschechische Außenminister Lubomir Zaoralek nach dem Treffen.

Die CSU lud unterdessen den ungarischen Premierminister Viktor Orban zu ihrer Herbstklausur am 23. September ein. In einem Telefonat sicherte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer Unterstützung beim Schutz der EU-Außengrenzen zu.

Das Bundesinnenministerium dämpfte derweil die aufgeregten Vorwürfe der CSU. Es sei nicht hilfreich, einen Generalverdacht zu äußern gegen Menschen, die aus Angst und Furcht ihre Heimat verlassen hätten. Bislang habe sich keiner der Hinweise bewährt, die es »immer mal wieder« auf mutmaßliche Terroraktivitäten gebe. Ihnen werde natürlich nachgegangen.

Die SPD griff den bayerischen Koalitionspartner mit spitzen Fingern an, Fraktionschef Thomas Oppermann warf der CSU Angstmache vor. Die Kritik sei unsachgemäß und helfe nicht weiter, meinte er. Weniger Schonung brachte die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth auf: Die Grünen-Politikerin nannte Friedrichs Äußerungen »vollkommenen Blödsinn«. Die Innenpolitikerin der LINKE Ulla Jelpke sprach von Stimmungsmache. Statt Schutzbedürftige »unter Generalverdacht« zu stellen, müsse viel entschiedener gegen »Anschläge von Rassisten und rechten Hetzern gegen Flüchtlinge« vorgegangen werden.

Im thüringischen Gerstungen geriet ein Wohnhaus in Brand, das seine Eigentümerin als Flüchtlingsunterkunft angeboten hatte. Zu Wochenbeginn hatten in Rockensuflra (Kyffhäuserkreis) die Dachstühle von drei leerstehenden Gebäuden gebrannt, kurz bevor die Entscheidung fiel, ob dort Flüchtlinge einziehen sollen. Auch das Feuer in einer Unterkunft im hessischen Heppenheim vor einer Woche wurde vorsätzlich gelegt, wie die Ermittlungen ergaben. Zu einem Ermittlungserfolg kam es indessen bislang in keinem der Fälle. *Seiten 4, 7, 10, 13, 15, 18, 19 und 23*

## UNTEN LINKS

Was tun die Deutschen, sieht man von ihren klassischen Hobbies Automobilproduktion, Alphabetentum und Ausländerjagd einmal ab, eigentlich in ihrer Freizeit? Die Antwort lautet: Sie dichten nicht, sie denken nicht, sie diskutieren nicht. Sie lassen sich von Dudelfunk und Fernsehkasten berieseln. Einer neuen Studie zufolge sehen Deutsche »im Schnitt 208 Minuten« pro Tag fern, also knapp dreieinhalb Stunden, und hören knapp drei Stunden Radio pro Tag. Geht man von einer durchschnittlichen Schlaf- und Arbeitstagsdauer von jeweils acht Stunden aus, bleiben noch acht Stunden, von denen der Deutsche sich sechseinhalb Stunden lang von DSDS, »Bauer sucht Frau«, Gutelauneterror und Reklame zuballern lässt. Übrig sind noch ca. anderthalb Stunden für Shoppen, Sex, Nahrungszufuhr, Körperpflege, Rasenmähen und Onlinekommentarschreiben. Und keine Zeit für den Adorno-Gesamtausgabe von Tante Hildegard noch in Cellophan eingeschweißt im Regal steht. *tbl*

ISSN 0323-3375



4 198662 502300

## Cizre bleibt abgeriegelt: Dutzende Tote

Kurdische Organisationen rufen zu Protesten in Deutschland gegen die Kriegspolitik der Türkei auf

Die türkische Regierung geht weiter hart gegen Kurden vor. Nach eigenen Angaben hat sie in Nordirak in der Nacht zu Freitag 60 PKK-Kämpfer getötet. Abgeriegelt bleibt die Stadt Cizre.

Von Roland Ertzel

Cizre, ein paar Kilometer westlich des Dreiländerecks Irak/Syrien/Türkei gelegen, ist eine pulsierende 120 000-Einwohner-Stadt im kurdischen Teil der Türkei, aber momentan kommt keiner hinein oder hinaus. Es sei denn, er gehört der türkischen Armee an, denn die hat die Stadt abgeriegelt – um »Terroristen« zu vernichten, wie der türkische Innenminister Selami Altinok am Donnerstag erklärt hatte.

Mit »Terroristen« sind Angehörige der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gemeint. »30 bis 32«, so Altinok, seien bereits getötet, zehn weitere festgenommen worden. Überprüfen lässt sich das nicht, was wohl in der Absicht der Regierung liegt, warum sonst wird nur handverlesenen Medienvertretern Zugang gewährt.

Quellen der Kurden, die in Cizre etwa drei Viertel der Bevölkerung ausmachen, berichten denn auch sehr viel anders. Danach

sind in Cizre bereits 21 Zivilisten vom Militär getötet worden, darunter Kinder. Die Armee verweigert darüber jegliche Auskunft. Aber nicht allein Medienvertretern wird seit nunmehr neun Tagen untersagt, sich ein Bild von der Lage zu machen. Auch Parlamentsabgeordneten der Demokratischen Partei der Völker (HDP) wird ihr verfassungsmäßiges Recht auf Freizügigkeit beschnitten. Die Begründung erinnert stark an Nazi-Jargon: Die Gruppe um HDP-Chef Selahattin Demirtas, so Innenminister Altinok, werde zu ihrem »eigenen Schutz« nicht in die Stadt gelassen.

Mehmet Ali Aslan, Fraktionskollege von Demirtas, ist einer der »drin« ist und nicht raus darf, aber nicht schweigt. »120 000 Menschen«, so zitiert ihn AFP, werden seit einer Woche als Geiseln genommen«, meldet er aus Cizre. Leichen von Kindern, die ins Kreuzfeuer geraten seien, dürften nicht einmal beerdigt werden. Nach Angaben des HDP-Abgeordneten Mehmet Ali Aslan, der in Cizre festsetzt, wurden allein über Nacht zu Freitag acht Zivilisten getötet. Der Menschenrechtskommissar des Europarates, der Lette Nils Muiznieks, rief die türkischen Behörden auf, »un-

abhängige Beobachter« nach Cizre zu lassen.

Die Verbündeten Ankaras in der NATO haben sich bis Freitag um eine Kommentierung geschweigt denn Tadelung des Geschehens herumgedrückt. Offensichtlich weiß man wenig bis nichts zur Rechtfertigung des Krieges der türkischen Armee gegen das eigene Volk vorzubringen. Auch die deutsche Politik guckte bis heute mehr oder we-

»Selahattin Demirtas wird zu seinem eigenen Schutz nicht in die Stadt gelassen.«

Selami Altinok, türkischer Innenminister

niger betreten beiseite, was besonders die LINKE anprangert.

Wer wie die Bundesregierung weiter Waffen an die Türkei liefere, mache sich mitschuldig an den getöteten Zivilisten in der Türkei, heißt es in einer Erklärung von Sevim Dagdelen, Sprecherin für internationale Beziehungen und Vizevorsitzende der deutsch-türkischen Parliamen-

tariergruppe, anlässlich einer Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages zur Lage in der Türkei am Freitag. Es sei auch absehbar, dass die Tatenlosigkeit der Bundesregierung gegenüber Ankaras Kriegspolitik zu massiven Fluchtbewegungen aus der Türkei auch nach Deutschland führen werde, so Dagdelen.

Empört zeigen sich auch die kurdischen Verbände hierzulande. Die Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland, Nav-Dem, hat zu Aktionen aufgerufen. Diese waren am Freitag in Hamburg, Hagen, Mannheim und Offenburg geplant. Großkundgebungen soll es an diesem Wochenende in Bonn, Düsseldorf und Köln geben.

Zu befürchten sind dabei weitere Zusammenstöße von Kurden mit türkischen Nationalisten, so geschehen am Donnerstagabend in Berlin-Kreuzberg, wo Anhänger des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan mit einem Autokorso kurdische Demonstranten provozierten. In Bielefeld griffen Vermummte eine Moschee an, die laut Polizei zum Umfeld der »Grauen Wölfe« gehören soll, einer militanten türkisch-nationalistischen Organisation.

## Autoboomb zulasten der Beschäftigten

IG-Metall-Studie zum Cluster Leipzig weist auf niedrige Löhne hin

Berlin. Die Autoindustrie rund um Leipzig gilt als ostdeutsches Vorbild für industrielle Entwicklung. Doch der Boom wird auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen: Von den rund 18 000 Beschäftigten, die bei den sächsischen Herstellern und Zulieferern arbeiten, gehören lediglich 8300 zur Stammebelegschaft von Porsche oder BMW, rechnet die IG Metall in einem neuen Report vor. Die Befragung fand laut MDR zum ersten Mal statt.

Fast 30 Prozent der für die Studie Befragten gaben an, dass ihr Bruttoverdienst inklusive Zulagen unter 1750 Euro brutto liegt. Bei den Leiharbeitern sind es über die Hälfte. 60 Prozent der Befragten halten ihre Tätigkeit für »zu gering« oder »viel zu gering« bezahlt. Über 43 Prozent sagten, ihnen fehle das Geld für Urlaub, ein Viertel meinte, angesichts der niedrigen Einkommen könne man »immer nur das Billigste kaufen«. Und das bei überlangen Arbeitszeiten: Mehr als die Hälfte gab in dem Sozialreport an, ihre regelmäßige Wochenarbeitszeit sei höher als die vertraglich vereinbarte. 90 Prozent der Befragten arbeiten auch an Wochenenden und Feiertagen.

»Wir kämpfen entschieden gegen Willkür und die Etablierung eines Niedriglohnsektors. Bei Werkverträgen und Leiharbeit darf es keine Schmutzkonzurrenz über Dumpinglöhne geben«, sagte Bernd Kruppa, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Leipzig. Dafür brauche es jedoch »einen neuen einheitlichen tariflichen Ordnungsrahmen im Automobilcluster Leipzig.« *nd*